

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Petra Bläss, Carsten Hübner, Christina Schenk und der Fraktion der PDS

– Drucksache 14/712 –

Finanzierung des UN-Forschungsinstituts INSTRAW

Am 9. März 1999, nur einen Tag nach den Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag, kündigte die INSTRAW-Direktorin Yakin Ertürk an, die Tätigkeit des UN-Forschungsinstituts einstellen zu müssen. Ausbleibende Beiträge der UN-Mitgliedsländer wurden als Gründe genannt.

Das Forschungsinstitut INSTRAW, International Research and Training Institute for the Advancement of Women, wurde 1975, im internationalen Jahr der Frau in Mexico City gegründet. INSTRAW gehört mit seinem Sitz in Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik, zu den ganz wenigen UN-Einrichtungen, die in Entwicklungsländern angesiedelt sind. Die Aufgabe des Instituts ist vor allem die Datensammlung über die Situation der Frauen weltweit.

Bereits im letzten Jahr wies der Haushalt von INSTRAW ein Defizit von 1,3 Mio. Dollar auf, weil nur noch 35 der 185 UN-Mitgliedsländer Geld für den Treuhandfonds gezahlt hatten. Angesichts der prekären Lage des Forschungsinstituts forderte der UN-Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Nitin Desai, alle UN-Mitglieder auf, INSTRAW am Leben zu erhalten.

1. Aus welchen Gründen wurde das UN-Forschungsinstitut 1975 eingerichtet, und welche Schwerpunkte wurden bisher erarbeitet?

INSTRAW wurde 1975 aufgrund einer Empfehlung der Weltkonferenz zum Internationalen Frauenjahr in Mexiko (1. Weltfrauenkonferenz) errichtet, um Frauenbelange zu unterstützen. Schwerpunkte der Arbeit sind Forschung und Ausbildung sowie Sammlung und Verbreitung von Informationen zur Verbesserung der Stellung der Frau.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. April 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Hat die Bundesregierung freiwillige Beiträge geleistet?
 - a) Wenn ja, in welcher Höhe (bitte nach Jahren auflisten)?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat seit längerer Zeit keine Beiträge mehr an INSTRAW geleistet. Gründe: Eine Aufsplitterung der internationalen Frauenförderung ist weder effektiv noch effizient, da abgesehen von einem erheblichen Abstimmungs- und Koordinationsaufwand auch der Verwaltungshaushalt kleiner Organisationen – wie INSTRAW – verhältnismäßig groß ist.

Die Bundesregierung fördert seit mehreren Jahren den Entwicklungsfonds für Frauen – UNIFEM – maßgeblich und plädiert zusammen mit anderen UN-Mitgliedstaaten seit längerem für die Zusammenlegung von UNIFEM und INSTRAW zu einer Organisation für die Vertretung der Interessen von Frauen auf der Ebene der UN.

3. Welche finanziellen Mittel standen dem Institut bisher zur Verfügung?

Zirka 2 Mio. DM pro Jahr.

4. Von welchen Ländern wurde das Institut bisher finanziert?

Finanzierung von INSTRAW in den letzten Jahren u. a. durch die Niederlande, Norwegen, Italien, Spanien, Australien, Neuseeland, Österreich.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen freiwillige Leistungen eingestellt wurden?

Freiwillige Leistungen wurden u. a. eingestellt, um den Druck auf die Organisation bezüglich der Zusammenlegung mit UNIFEM zu erhöhen.

6. Hält die Bundesregierung die weitere Existenz des Instituts für zwingend erforderlich?
 - a) Wenn ja, plant die Bundesregierung eine Initiative auf UN-Ebene zur Rettung von INSTRAW?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Mitte 1999 soll dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN eine Evaluierung der Organisation vorgelegt werden. Basierend auf den Ergebnissen dieser Evaluierung wird entschieden, in welchem Rahmen die Frauenforschung innerhalb der UN weitergeführt werden soll.